

# Fünf Mal mehr Nester als im Vorjahr – die Asiatische Hornisse breitet sich stark aus

Die Westschweizer Bekämpfer der invasiven Art fühlen sich vom Bund alleingelassen



Im Gegensatz zu ihrer europäischen Artgenossin hat die Asiatische Hornisse einen überwiegend schwarzen Körper und gelbe Beine. ANNICK RAMP / NZZ

MATTHIAS SANDER, ALLAMAN

Nicolas Charotton, man kann es kaum anders sagen, hat die Schnauze voll. Der Imker inspiziert an einem kühlen Novembertag seine Bienenkästen in Allaman (VD), einem Dorf am Genfersee. Mehrere Asiatische Hornissen, erkennbar an ihren überwiegend schwarzen Körpern, stehen fast reglos in der Luft, wie Drohnen. «Sie schnappen sich fliegende Bienen, trennen ihnen den Kopf ab, und nehmen den proteinreichen Körper mit.» Fette Beute für den Nachwuchs.

Charotton und ein Kollege haben Netze mit langen Stielen mitgebracht. Sie fangen die Asiatischen Hornissen und schliessen sie in Gläsern ein. Ein paar Schritte abseits der Bienenkästen lassen sie die Hornissen wieder fliegen – und versuchen, ihnen zu Fuss zu ihrem Nest zu folgen, um es zu zerstören.

Die Asiatische Hornisse wurde erstmals 2017 in der Schweiz gemeldet, im Jura. Sie ist eine invasive Art aus China, die 2004 in Europa auftauchte, in Frankreich. Von dort breitet sie sich zunehmend in Westeuropa aus – seit ein paar Jahren in der Romandie, nun vermehrt

auch in der Deutschschweiz, besonders im grenznahen Basel.

Dieses Jahr wurden landesweit bereits mehr als 650 Nester gefunden und meist zerstört. Das sind fünf Mal mehr als im Vorjahr. Die Asiatische Hornisse hat in Europa keine natürlichen Feinde und kann sich deshalb leicht ausbreiten. Das derzeit grösste Problem ist, dass sie im Gegensatz zur europäischen Hornisse Honigbienen tötet oder so sehr einschüchtert, dass sie sich nicht mehr aus den Imkerkästen wagen und verenden. In der spanischen Provinz Galizien schrumpfte die Zahl der Bienenvölker in besonders betroffenen Regionen laut einer Studie um 65 Prozent.

## Auch Menschen attackiert

Die Asiatische Hornisse jagt auch andere Insekten wie Wildbienen, Wespen oder Schmetterlinge. In der Folge werden Pflanzen weniger bestäubt, was in Frankreich laut einer anderen Studie Kosten in Höhe von 80 Millionen Euro pro Jahr verursachen soll. Ausserdem befällt die Hornisse süsses Obst wie Trauben, Birnen und Äpfel – und zuweilen die Arbeiter, die sie ernten wollen. Für Nicolas Charotton ist klar, dass die

Schweiz jetzt rasch handeln muss, um eine flächendeckende Invasion der Asiatischen Hornisse zu verhindern. Doch er und andere Hornissen-Bekämpfer – die meist freiwillig in ihrer Freizeit arbeiten, oft frühmorgens – fühlen sich allein gelassen. Jedes Jahr schlugen sie beim Bund Alarm, sagt Charotton. «Aber niemand reagiert.»

Diese Einschätzung wird im Parlament durchaus geteilt. Seit 2020 reichen Parlamentarier Vorstösse zum Thema ein. Die erste Interpellation stammte von der jurassischen SP-Nationalrätin und heutigen Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider; die jüngste Motion betitelte der Zuger Mitte-Ständerat Peter Hegglin knackig: «Endlich Taten statt schöner Worte bei der Bekämpfung von invasiven Organismen.»

Hegglin forderte den Bundesrat dazu auf, zur Bekämpfung insbesondere der Asiatischen Hornisse und der Kirschessigfliege «wirksame Behandlungsmethoden umgehend schweizweit zuzulassen». Konkret sollten Insektizide gegen die Asiatische Hornisse ausnahmsweise auch in Wäldern erlaubt werden. Ausserdem sollte der Bundesrat das «Zuständigkeitswirrwarr zwischen den Bundesämtern» klären.

Die Antwort des Bundesrats schien Hegglin Motion aufs Schönste zu bestätigen: Zuständig seien drei Bundesämter; für den erweiterten Einsatz von Insektiziden seien neben Ausnahmezulassungen auch Ordnungsänderungen notwendig. Deshalb beantrage der Bundesrat, die Motion abzulehnen. Das Parlament tat das Gegenteil: Die Umweltkommission des Nationalrats fragte sich in ihrem Bericht, warum der Bundesrat nicht früher eingegriffen habe. Schliesslich nahmen beide Kammern die Motion an – wie vom Bund gewünscht dahingehend modifiziert, dass Bern nun die nötigen Verordnungen ändern muss, um die Schädlinge wirksam zu bekämpfen.

## Die Kosten als Problem?

Doch für Daniel Cherix ist das Problem viel grundsätzlicher. Der Lausanner Biologe engagiert sich seit Jahren in der Bekämpfung der Asiatischen Hornisse und ist dafür in der Waadt kantonaler Ansprechpartner. Cherix fordert, dass der Bund endlich seine 2016 beschlossene Strategie zur Bekämpfung invasiver Arten umsetzt. «Heute sind wir überhaupt nicht vorbereitet.» Die Strategie sieht auf Drängen der Kantone eine Führungsrolle für den Bund vor. Er soll invasive Arten nach ihrer Gefährlichkeit klassifizieren und entsprechende Massnahmen einleiten. Zum Beispiel könnten Privateigentümer dazu verpflichtet werden, Schädlinge auf ihrem Grundstück zu bekämpfen oder Schädlingsbekämpfer zu dulden.

Doch insbesondere gegen letztere Bestimmung rebellierten bürgerliche Parteien und der Hauseigentümerverband. 2019 fand die Vernehmlassung zur nötigen Revision des Umweltschutzgesetzes statt. Für 2022 kündigte der Bund seinen Ergebnisbericht an, aber schwieg letztlich. Nun teilt das Umweltbundesamt auf Anfrage mit, dass der Bundesrat in den kommenden Monaten eine zweite Vernehmlassung eröffnen werde.

Daniel Cherix glaubt, dass auch die Kosten ein Problem seien. Von Vertretern des Bundesamts für Umwelt höre er stets: «Wir müssen unsere Projekte reduzieren, wir haben kein Geld.» 2016 bezifferte der Bund die jährlichen Ausgaben zur Umsetzung der Strategie gegen invasive Arten auf 5 Millionen Franken, plus 4,5 Millionen Franken für die Kantone. Die effektive Bekämpfung der Asiatischen Hornisse würde derzeit rund eine Million Franken kosten, schätzt Cherix. Bisher gewähre der Bund 200 000 Franken für die Ausbildung. Die Mittel seien nur zu einem Viertel genutzt worden, schreibt das Umweltbundesamt auf Anfrage. Die Beantragung sei viel zu bürokratisch, entgegnet Daniel Cherix.

Genf wird wegen der Nähe zu Frankreich besonders stark von der Asiatischen Hornisse heimgesucht – und gilt als Vorreiter in der Bekämpfung. Der Kanton hat 2023 eigens eine Bekämpferin im Teilzeitpensum eingestellt. Sie arbeitet mit einem Dutzend freiwilligen Helfern, die sich im neuen Verein Pollinea Action zusammengetan haben. Das Team zerstört Nester auf Privatgrundstücken, die Feuerwehr jene auf öffentlichem Grund.

Wichtig dabei ist, dass Genf die Kosten für die Zerstörung übernimmt. In der Waadt hingegen müssen Grundstückseigentümer dafür 200 bis 300 Franken zahlen – und verweigern laut Bekämpfern manchmal die Zerstörung von Nestern. 2022 wurden in Genf noch drei Nester zerstört, 2023 schon 108, dieses Jahr

Das grösste Problem ist, dass sie Honigbienen tötet oder so sehr einschüchtert, dass diese sich nicht mehr aus den Imkerkästen wagen und verenden.

bereits mehr als doppelt so viele, und die Saison ist noch nicht zu Ende. Das mag teilweise daran liegen, dass die Bevölkerung nun sensibilisierter für das Thema ist und mehr Nester meldet. Aber wie viele Nester wurden nicht entdeckt? Wie viele Königinnen können überwintern und im Frühling neue Kolonien gründen?

Womöglich gibt es bald etwas Bewegung auf Bundesebene. Daniel Cherix und andere Verantwortliche treffen Ende November Vertreter des Umweltbundesamtes (Bafu), um über die Bekämpfungsstrategie zu reden. «Wir wollen, dass das Bafu einen Verantwortlichen benennt. Bisher hat niemand ein Minimum an Kompetenzen», behauptet er.

Das Bafu beantwortet auf Anfrage nicht, wie viel Stellenprozent im Amt dem Kampf gegen die Asiatische Hornisse gewidmet sind. Zuständig seien die Kantone, dem Bund obliege die Überwachung und bei Bedarf die Koordination. Es werde geprüft, ob die Zusammenarbeit mit den betroffenen Kantonen intensiviert werden solle. Daniel Cherix findet, dass der Bund endlich aufwachen müsse. «Wir können nicht noch ein halbes Jahrhundert warten. Nächstes Jahr kann die Invasion der Asiatischen Hornisse kolossal werden.»

## Ombudsstelle gibt Junger SVP bei Nationalstrassen-Abstimmung recht

Der Beitrag von SRF 3 verstösse gegen die Gebote der Sachgerechtigkeit und Vielfalt

ela. · Am kommenden Sonntag stimmt die Schweizer Bevölkerung über den Ausbau der Nationalstrassen ab. Die Ombudsstelle der SRG hat nun eine Beanstandung der Jungen SVP gutgeheissen. Diese hatte eine Grafik kritisiert, die SRF 3 auf Instagram gepostet hatte. Die Ombudsstelle gelangte zum Schluss, dass der beanstandete Beitrag auf Instagram gegen die Gebote der Sachgerechtigkeit und Vielfalt verstossen hat, wie es in einer Mitteilung vom Montag heisst. Die Junge SVP spricht von einem «grossen Erfolg».

Die Aussage des beanstandeten Diagramms lautete, dass gegen Stau nur weniger Autos helfen würden. Der Bau

von Autobahnen und Tunnelröhren sei kein Rezept. Begleitet wurde die Grafik zunächst von dem Slogan: «Alte Erkenntnis: Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten», der später in «Ist es wirklich so einfach?» abgeändert wurde. Nicht nur die Junge SVP wähten dahinter Einseitigkeit und eine Abstimmungsempfehlung. Die SRF-Redaktion verweist indes darauf, dass es sich um Satire handle.

Die Ombudsstelle hält in ihrem Schreiben fest, dass es angesichts der bevorstehenden Volksabstimmung offenkundig sei, dass der Beitrag eine klare politische Botschaft mit einem Bezug zu einer realen Fragestellung

enthielt. In dieser isolierten Form sei für ein breites Publikum auch nicht erkennbar gewesen, dass es sich um eine Publikation mit satirischem Gehalt handeln sollte. Es sei ohne Bezugnahme auf die übrige Berichterstattung zur bevorstehenden Volksabstimmung publiziert worden.

Auch habe es an einem konkreten aktuellen Anlass gefehlt, der es nahegelegt hätte, dieses Thema mit einer solchen Instagram-Publikation aufzunehmen, so die Ombudsstelle weiter. «Vielmehr wirkt das Kuchendiagramm als klares politisches Statement im Hinblick auf die anstehende Volksabstimmung.»

ANZEIGE

gegen Missbrauch für faire Regeln

2xJA zum Mietrecht  
mehr-wohnraum.ch  
am 24. November

BUND FÜR MEHR WOHNRAUM